

Haupt- und Finanzausschuss	24.11.2022
----------------------------	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	651/2022-11
Stand	07.11.2022

Betreff Mitteilung über die Einführung des Jobtickets und des Dienstrad-Leasings

Sachverhalt

Dienstrad-Leasing:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat am 02.12.2021 die Einführung eines Dienstrad-Leasing-Modells zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschlossen (Vorlagennummer: 682/2021-11).

Die Angebotsfrist der öffentlichen Ausschreibung endete am 28.04.2022. Bezüglich des Vergabevorschlags wird auf die Vorlage 202/2022-1 verwiesen. Das Dienstrad-Leasing wurde mit Unterstützung des Dienstleisters Ride Mobility GmbH zum 01.09.2022 eingeführt und steht nun allen tariflich Beschäftigten der Stadt Bornheim zur Verfügung. Damit konnte nun ein weiterer Teil des Fuhrpark- und Elektromobilitätskonzeptes der Verwaltung der Stadt Bornheim erfolgreich umgesetzt werden.

Es wurden bereits einige Leasingverträge abgeschlossen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Da das Dienstrad-Leasing durch die Entgeltumwandlung kostenneutral abgebildet werden kann, besteht kein finanzielles Risiko.

Jobticket:

Der Haupt- und Finanzausschuss hat in der Sitzung vom 02.12.2021 die Verwaltung beauftragt, das Jobticket zum nächstmöglichen Termin einzuführen (Vorlagennummer: 684/2021-11).

Seit dem 01.03.2022 haben alle Beschäftigten der Stadt Bornheim die Möglichkeit ein Jobticket zu beziehen, welches die vollumfängliche Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs im VRS-Verbundraum ermöglicht. Für die Beschäftigten ist die Inanspruchnahme des Jobtickets freiwillig. Damit wird ein Beitrag zur Entlastung der Umwelt geleistet und gleichzeitig die Attraktivität der Stadt Bornheim als Arbeitgeberin gefördert.

Das Jobticket erhält kontinuierlich positive Resonanz. Am 18.10.2022 nutzen 100 Beschäftigte der Stadt Bornheim das Jobticket. Dies bedeutet einen klaren Beitrag zur Umwelt.

Während der Angebotsphase des 9€ Tickets wurden auch die Preise des Jobtickets um den Differenzbetrag reduziert. Dadurch konnte die Verwaltung im Zeitraum Juni bis August Subventionen in Höhe von etwa 20.000€ einsparen.

Die Verwaltung steht im regelmäßigen Austausch mit den Verkehrsbetrieben, um die Auswirkungen eines möglichen Nachfolgeangebotes zum 9€ Ticket auf das Jobticket frühzeitig einschätzen zu können.